



Miltalbadener Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.20 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inlande monatlich 1.60 RM, Einzelnummer 10 Pf. — Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Sennelager, Enzthalbad. — Druckerei: Enzthalbad Gärber & Co., Wildbad; Verleger: Gemeindefiskus Wildbad. — Postfachkonto 201/16 Stuttgart.
Anzeigenpreis: Die einmalige Zeile oder deren Raum im Bestir Grundpreis 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Restabgabe 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Anzeigenentwurf werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluss der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Konkretenfällen oder wenn gerichtliche Zeileitung notwendig wird, fällt jede Rücksichtnahme weg.
Druck, Verlag u. verantw. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 96, Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Nervenprobe in Genf

Der amtierende Ratspräsident de Valera hat am Montag bei der Eröffnung der 13. ordentlichen Vollversammlung des Völkerbunds in Genf offen ausgesprochen, der Völkerbund stehe in Hinsicht auf die Abrüstung vor einer harten Probe, bei der sich ergeben müsse, ob er so schwach sei, daß die Voraussetzungen seiner Auflösung sich bewahrheiten werde, oder ob er in der Lage sei, neue Hoffnungen zu erwecken. Weit in die Kreise der Völkerbundsmitglieder hinein ist also die Ueberzeugung von der inneren Hohlheit des Instituts eingedrungen.

In jenem Abschnitt der Nachkriegszeit, der — soweit es sich um europäische Politik und um das Genfer Völkerbundsamt handelt — am besten durch die Namen Briand und Stresemann gekennzeichnet wird, hatte man sich gerade in Deutschland daran gewöhnt, die alljährlichen großen Tagungen des Völkerbunds vor allem nach der Zahl der eingetroffenen Minister, nach der scheinbaren Reichhaltigkeit und Vielfältigkeit der verprochenen Spielfolge, oder nach den mehr oder minder großen „Sensationen“ zu beurteilen, die dort mit allen Künsten vorgeführt wurden. Man gewöhnte sich daran, von Genf wie einer Zirkusvorstellung zu verlangen, daß sich eine Publikumsnummer an die andere reihte. Das war die „Glanzzeit“ von Genf, als es genügt, durch Regiestänke, Gesen und Worte weltgeschichtliche Taten vorzuläufeln, als die Wirkung nach außen die einzige Sorge bildete, während zugleich ein innerer Ring bevorzugter Mächte, brutal, bedenkenlos und parteilich, die Geschäfte der Sieger besorgte. Mit diesen Methoden aber haben die Drahtzieher hinter den Völkerbundskulissen den neuen Bund in einem Jahrzehnt gründlich heruntergewirtschaftet und in Verruf gebracht.

Freilich die Herren im Völkerbundssekretariat und die Herren von Genf, wie Benesch, Politis, Paul-Boncour und andere, wollen das noch immer nicht erkennen; sie glauben noch immer, den Völkerbund mit den alten Methoden am Leben erhalten zu können. Oder denken sie vielleicht heute doch noch etwas anders? Regen sie überhaupt nur so lange Wert auf den Genfer Betrieb, als der Völkerbund seinen ursprünglichen Zweck, als handliches Instrument zur Niederhaltung Deutschlands, weiter so vollständig erfüllt wie noch bei der Abwürgung der deutsch-österreichischen Zollunion? Und ist alles andere, was sich um diese eigentliche Aufgabe herum dreht, nur ein fauler Zauber, der die Völker von dem inneren Sinn des Genfer Spieles ablenken soll?

Wie dem auch sei, niemand leugnet in Genf, daß der Völkerbund in der schwersten Krise steht, weil die Geschädigten endlich gegen dieses System von Schein und Betrug sich auflehnen, das die Weltatmosphäre mit Giftgasen erfüllt hat. Der Genfer Bund verträgt eben die Wahrheit nicht. Deutschland hat es endlich einmal abgelehnt, unter Beschlüssen, die seinen eigenen Lebensnerv zerschneiden sollen, seine Unterschrift zu setzen; es will vom Schein zur Wirklichkeit durchdringen, von den schönen Worten über Gleichberechtigung und gleiche Sicherheit, zur Gleichberechtigung und zur Sicherheit selbst.

Deshalb überschattet der deutsche Abrüstungs-vorstoß mit all den Spannungen und Gegensätzen, die er — nicht erst geschaffen, wohl aber aufgedeckt hat, auch alles andere, was auf dieser Völkerbundstagung sich ereignen kann. Zwar großen im Hintergrund noch immer japanische Geschütze in der Mandchurei, rollen russische Transporthen nach dem Fernen Osten, reisen Amerikas Sendlinge von Land zu Land, um das Land der aufgehenden Sonne, dem man mit Waffen noch nicht Einhalt zu gebieten wagt, wenigstens politisch einzukreisen. Aber das heiße Eisen der ostasiatischen Wirren und Kämpfe ist vom Völkerbund auf japanischen Druck hin wieder einmal beiseite gelegt worden. Erst im November will man sich in außerordentlicher Völkerbundsversammlung wieder mit der Mandchurei und mit dem inzwischen eingetroffenen, aber bis dahin vermutlich schon wieder veralteten und ergänzungsbedürftigen Bericht der Völkerbundscommission befassen. Trotzdem müssen wir in Deutschland damit rechnen, daß die schwarze Wolke im Fernen Osten alle an der macht- und wirtschaftspolitischen Lage an den ostasiatischen Küsten interessierten Mächte im Grund aufs schwerste beunruhigt und daß die Kabinette der Großmächte auch jede europäische Frage nach ihrer Rückwirkung auf diese Weltfrage beurteilen und behandeln. So ist es wohl sicher, daß England und Amerika das deutsche Verlangen nach militärischer Gleichberechtigung nicht nur aus Abhängigkeit von Frankreich oder aus Furcht vor einer neuen Störung der Weltwirtschaft, sondern auch deshalb so unfreundlich aufnehmen, weil sie — in großer Täuschung über Ursache und Wirkung — darin eine „zur Unzeit“ herbeigeführte und vermeidbare kontinental-europäische Spannung erblicken, für die sie gegenwärtig kein Interesse und keine Kräfte übrig haben.

Aber Deutschland hat trotz alledem keine andere Wahl, als sich selbst treu zu bleiben und zugleich seine Aufgabe als Wegbereiter für die Gleichberechtigung der Völker und damit für den wirklichen Frieden zu erfüllen. Das Han-

Tagespiegel

Der Reichskanzler ist am Dienstag abend aus Ostpreußen wieder in Berlin eingetroffen.

Der sächsische Ministerpräsident Schick ist am Dienstag vom Reichskanzler empfangen worden. Es dürfte sich um die Ueberbrückung finanzieller Schwierigkeiten Sachsens gehandelt haben.

Halbamtlich wird mitgeteilt: Reichstagspräsident Göring hatte vor einigen Tagen im Untersuchungsausschuß von einer „aus Reichsmitteln unterstützten Regierungspresse“ gesprochen, und dieses Wort war von nationalsozialistischen Blättern übernommen worden. Unten 15. September hat Staatssekretär Pland Göring um öffentliche Bekannntgabe von Beweisen hierfür ersucht. Eine Antwort Görings ist bis jetzt nicht erfolgt.

Die nat.-soz. Fraktion hat im braunschweigischen Landtag einen Antrag auf Auflösung eingebracht.

Auf der Tagung der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation in Götting erklärte der thüringische Minister Sautel: „Wir wollen die Diktatur der Arbeit!“ Es soll also Fühlung mit den Gewerkschaften gesucht werden.

dem der Reichsregierung wird hier eben nicht durch Willkür und Zufall, sondern durch einen unausweichbaren inneren Zwang und zugleich durch eine sittliche Pflicht bestimmt. Wenn Männer wie der englische Außenminister Simon uns anscheinend wieder zumuten wollen, uns nach einem mal vertrauensvoll an einen Tisch zu setzen, wo gegen uns Bauernfängermethoden beliebt wurden, so können wir dafür nur ein Adjektiv haben. Gerechtigkeitsehrfurcht scheint der Reichsaußenminister, Freiherr v. Neurath, durchaus erkannt zu haben, daß es sich für ihn in Genf diesmal vor allem um eine Nerven- und Charakterfrage handelt. Denn entscheidend werden diesmal nicht diplomatische Kniffe und geschickte Formulierungskünste sein, sondern ein klares deutsches Nein, das allein die ständige Genfer Luft wieder atembarmachen kann. Gleichzeitig sollte der Außenminister die besonders günstige Gelegenheit in Genf tatkräftig wahrnehmen, um die Fühlung mit den Vertretern derjenigen Mächte, die bereit sind, Verständnis für Deutschlands praktische Lage zu betätigen, so eng wie nur möglich zu gestalten. Rücksichten oder Vorurteile anderer Art dürfen dabei keine Rolle mehr spielen. England gegenüber dürfte eine rückhaltlose Offenheit bei äußerster Zurückhaltung zurzeit das Richtige sein.

Papen vor dem Untersuchungsausschuß

Berlin, 27. Sept. Der Untersuchungsausschuß des Reichstags trat heute nachmittag 3 Uhr wieder zusammen. Die Presse des In- und Auslands ist stark vertreten. Auf der Tagesordnung steht die Vernehmung des Reichskanzlers, des Reichsaußenministers, des Innenministers und des Staatssekretärs Pland über die Vorgänge bei der Reichstagsauflösung. Der Reichsaußenminister hat sich entschuldigt, da er noch in Genf gebunden ist.

Abg. Torgler (Komm.) beantragt wieder eine Aenderung der Tagesordnung; zuerst sollen in Anwesenheit des Reichskanzlers die Anträge gegen die Notverordnungen beraten werden. Vorf. Löbe macht darauf aufmerksam, daß dann die Untersuchung überhaupt nicht stattfinden könnte, da die Regierung bestimmt erklärt habe, sie werde vor dem Ausschuss nicht erscheinen, bevor der Streitpunkt ausgeräumt sei.

Der Antrag Torgler wird abgelehnt.

Als erster Zeuge wird Reichskanzler v. Papen aufgerufen. Vorf. Löbe: Zur Entscheidung der Streitfrage der Aufhebungsgültigkeit soll festgestellt werden, ob Sie vor Eintritt in die namentliche Abstimmung den Versuch gemacht haben, die Aufhebungsurkunde dem Reichstag zur Kenntnis zu bringen, durch Vorimeldung oder Uebergabe der Urkunde, oder ob beides so spät erfolgt ist, daß die Abstimmung rechtswirksam gewesen ist.

Reichskanzler v. Papen:

In dem ersten Teil der Reichstagsitzung am 12. September, als der Reichstagspräsident den Antrag Torgler auf Abänderung der Tagesordnung zur Abstimmung stellte, hat er nach meiner Auffassung nicht festgestellt, daß durch das Unterbleiben des Einspruchs dieser Antrag angenommen sei. Denn als Herr Fricke sich meldete und den Antrag stellte, die Sitzung eine halbe Stunde auszusetzen, hat der Reichstagspräsident festgestellt, daß der Antrag Fricke als der weitestgehende zuerst zur Abstimmung komme. Die Sitzung wurde auf eine halbe Stunde vertagt. Daraus geht zweifelsfrei hervor, daß der Reichstagspräsident in diesem Augenblick selber die Auffassung haben mußte, daß über den Antrag Torgler erst jetzt entschieden werde. Als daher nach Ablauf der halben Stunde die Sitzung wieder eröffnet wurde, nahm ich ohne weiteres an, daß der Reichstagsprä-

Das berühmte Gestüt Trakehnen in Ostpreußen beging am 27. September das 200jährige Bestehen.

Der österreichische Bundesminister Dr. Ull hat aus Gesundheitsrücksichten um seine Entlassung gebeten.

Der britische Außenminister Simon hatte sofort nach seiner Ankunft in London aus Genf eine Besprechung mit dem Erstminister Mac Donald.

Der englische Außenminister Simon hatte am Montag abend in Genf eine dreiviertelstündige Unterredung bei Herriot, worauf er nach London abreiste. Voraussichtlich wird er Ende der Woche nach Genf zurückkehren.

Herriot hatte in Genf am Dienstag in Gegenwart des französischen Kriegsministers Paul-Boncour eine längere Aussprache mit dem Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz, Henderson.

Der Völkerbundsrat hat den Rücktritt des Generalsekretärs Drummond auf 30. September genehmigt. Die Frage seiner Nachfolge soll im November entschieden werden.

Bolivien hat den von den neutralen Mächten vorgeschlagenen Waffenstillstand angenommen.

sident zunächst formell über den Antrag Torgler noch einmal abstimmen lassen würde. Das ist nicht geschehen. Nach meiner Erinnerung hat der Reichstagspräsident, nachdem die Sitzung wieder eröffnet war und ich auf meinem Stuhl noch saß, nur gesagt: „Da sich Widerspruch nicht erhoben hat, kommen wir jetzt zur Abstimmung über den Antrag Torgler“. Ich war mir einen Augenblick darüber im unklaren, ob es sich um den formellen Antrag Torgler handeln würde, den Antrag zur Tagesordnung, oder um den materiellen Antrag. Ich habe aber, da ich mit den parlamentarischen Gebräuchen nicht ganz unbekannt bin, aus der Redewendung: „Da sich Widerspruch nicht erhoben hat, ersehen, daß es sich bereits um den materiellen Antrag handelte. Daraufhin habe ich mich sofort erhoben und habe um das Wort gebeten. Der Reichstagspräsident machte eine abwehrende Handbewegung und sagte nach meiner Erinnerung: „Zu spät! Wir sind in der Abstimmung!“ Daraufhin habe ich mich noch einmal gemeldet. Zunächst ist in der Zwischenzeit Staatssekretär Pland, der vorn neben dem Rednerpult saß, zum Reichstagspräsidenten hingetreten, um ihn darauf aufmerksam zu machen, daß ich mich zum Wort gemeldet hatte. Als das keinen Erfolg hatte, habe ich mich ein zweites Mal zum Wort gemeldet, worauf der Herr Reichstagspräsident gesagt hat: „Wir sind in der Abstimmung!“. Darauf bin ich auf seinen Platz geschritten und habe das Auflösungsdekret auf seinen Tisch gelegt, weil ich keine Möglichkeit hatte, zu Worte zu kommen und selbst das Auflösungsdekret zur Kenntnis des Reichstags zu bringen.

Vorsitzender Löbe: Haben Sie sich nun mündlich zum Wort gemeldet, oder nachher auch durch Aufstehen, durch Handaufheben?

Reichskanzler v. Papen: Ich bin nicht nur aufgestanden, sondern habe auch gesagt: „Ich bitte ums Wort“. Aber ich nehme an, daß das in der Unruhe des Hauses am Stenographentisch nicht verstanden worden ist.

Reichstagspräsident Göring erklärt: Ich darf noch einmal bitten, ausdrücklich zu sagen, mit welchen Worten Sie, Herr Reichskanzler, das erstmal um das Wort gebeten haben. Für mich ist das wichtigste: Haben Sie nicht als erstes das Wort: „Amtlich“ gebraucht? Das Wort ist sogar auf der Tribüne gehört worden. Ich hatte „Namentlich“ verstanden, aber die Aeußerung: „Ich bitte um das Wort“ habe ich nicht verstanden.

Reichskanzler von Papen: Ich habe das Wort „Amtlich“ überhaupt nicht gebraucht (Göring widerspricht). Nach meiner Auffassung hat Reichstagspräsident Göring, als er zum erstenmal sagte: „Da Widerspruch nicht erfolgt“ den Satz nicht zu Ende gesprochen.

Abg. Pflieger (Wp.) fragt den Reichskanzler, ob er während der Pause den Versuch gemacht habe, seine Wortmeldung einzureichen. — Reichskanzler von Papen: Nein! Aus dem einfachen Grund, weil ich annahm, daß der Antrag Torgler abgelehnt würde. Der Reichstagspräsident hatte mir 2 Tage vor der Sitzung gesagt, er würde dafür sorgen, daß die Regierungserklärung vom Hause entgegengenommen würde. Ich hatte keinen Zweifel, daß alles programmäßig verlaufen würde und war selbst völlig übertraut.

Abg. Dr. Frank: Haben Sie selbst die Auffassung, daß die Abstimmung im Reichstag nicht rechtswirksam ist?

Reichskanzler: Die Abstimmung ist nicht rechtsgültig, denn sie erfolgte, nachdem das Auflösungsdekret dem Hause zugestellt war.

Eine Unterredung mit Papen

Königsberg, 27. Sept. Auf seiner Heimreise von Ostpreußen nach Berlin gewählte Reichskanzler von Papen

dem Hauptartikel der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ eine Unterredung, in der er zur Sonntagsrede Herriots erklärte: Wenn die Rede wirklich so gehalten worden ist, so ist sie mir allerdings völlig unverständlich. Wenn Herriot den Erlaß zur Jugenderschließung kritisiert, so kann ich nur erklären, daß die körperliche und geistige Wehrhaftigkeit der Jugend die ernsteste sittliche Pflicht zum Schutz des Vaterlands ist, und daß sie nur die Förderung der Sicherheit erfüllt, mit der Frankreich dauernd umgeht.

Die Wiederherstellung gefestigter verfassungsmäßiger Zustände liegt mir sehr am Herzen. Die Regierung lehnt es ab, selbst Partei zu ergreifen, da dies ihrer Grundaufgabe widersprechen würde. Ich glaube aber mit Bestimmtheit, daß Mittel und Wege gefunden werden, um diejenigen, die Sinn und Ziel dieser Regierung besahen, für die Wahlen zu sammeln.

Die Behauptungen, meine Reise nach Ostpreußen sei erfolgt, um „Unstimmigkeiten des Kabinetts“ mit Ostpreußen in den einflussreichen Großgrundbesitzkreisen zu beseitigen, kann ich nur als lächerliche Unterstellung bezeichnen. Diese Reise soll ein Beweis für das Interesse sein, das die Reichsregierung Ostpreußen und besonders seinen schwer geschädigten Ostlandgebieten entgegenbringt. Die Möglichkeit einer weiteren Hilfe für diese Gebiete wird geprüft. Ich hoffe, daß schon das nunmehr veröffentlichte Agrarprogramm der Regierung der ostpreussischen Landwirtschaft beweist, daß wir entschlossen sind, der Landwirtschaft nach Kräften zu helfen. Gegenüber den in der Provinz verbreiteten Gerüchten, daß die Osthilfe abgeändert werden sollte, erkläre ich, daß davon keine Rede sein kann. Die Reichsregierung wird im Gegenteil bemüht sein, den Gang der Osthilfe zu beschleunigen.

Warmbold über Wirtschaftsfragen

Köln, 27. Sept. Bei der Einweihung des Neubaus der Industrie- und Handelskammer Köln sagte Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold in einer Ansprache: Die Entwicklung der Welt in den letzten Jahren ist gekennzeichnet durch die zunehmende Absperrung der aufeinander angewiesenen Länder im Warenverkehr und durch die Kreditkrise, welche zu der Zwangsbewirtschaftung des Kapital- und Zahlungsverkehrs in wichtigen Ländern geführt hat. Unser deutsches Interesse liegt eindeutig darin, beide Schwierigkeiten zu mildern und zu den früheren Zuständen zurückzuführen. Wir wollen hoffen, daß die kommende Weltwirtschaftskonferenz hierin Besserung bringt. Unsere eigene Lage erlaubt es uns jedoch nicht, bis zu diesem Zeitpunkt zu warten. Die Reichsregierung mußte daher den Versuch machen, durch eine Reihe von Maßnahmen dem gegenwärtigen Notzustand zu begegnen und seine Überwindung zu erleichtern. Das Gelingen des Weltwirtschaftsprogramms hängt von der Mitwirkung der ganzen deutschen Wirtschaft ab, und die Reichsregierung hofft hierbei darauf, daß ganz besonders die zahlenmäßig starke Schicht der mittleren und kleineren Betriebe, die für das Gelingen des Plans von besonderer Bedeutung sind, ihre Mitwirkung nicht versagt. Ich möchte daher auch an dieser Stelle an das gesamte deutsche Unternehmertum den Appell richten, die ihm gebotenen Möglichkeiten weitestgehend auszunutzen.

In Zeiten wie der gegenwärtigen Krise glaubt jeder Stand der am meisten Leidende zu sein; jeder glaubt, der Hilfe des Staats am meisten zu bedürfen. Der Staat soll aber stets das Ganze sehen. Daraus ergibt sich, daß er nicht alle Einzelwünsche sich zu eigen machen, noch weniger sie erfüllen kann. Es sei unmöglich, in einem so dicht bevölkerten Land ohne hinreichende eigene Rohstoffquellen allen Menschen Arbeit und Brot zu geben und alle Staatsbürger zu ernähren, wenn man sich ausschließlich auf die Hilfsquelle des eigenen Landes einzustellen versuchen würde. Daher muß die Arbeitsgelegenheit durch Leistungen für das Ausland vermehrt werden. So unmöglich eine Politik mit dem Ziel eines Rückzugs aus den weltwirtschaftlichen Verflechtungen wäre, so wenig kommt in Frage, unsere eigenen Hilfsquellen unausgenutzt zu lassen. Unser Ziel muß sein, die höchste Ausnutzung des Bodens und die Sicherung der in ihm angelegten Kapitalien mit der Erhaltung der industriellen Arbeitskräfte und mit der Pflege von Handel und Verkehr zu verbinden. Dieses Ziel kann aber nach der Struktur unserer Wirtschaft nur erreicht werden, wenn wir auch den Güteraustausch mit dem Ausland pfleglich behandeln.

Neuer Neueinstellungen in Württemberg und Baden haben Besprechungen der Arbeitgeber mit dem Schlichter stattgefunden. In den nächsten Tagen wird eine Besprechung des Schlichters mit den Gewerkschaften stattfinden.

Licht der Ewigkeit

Roman von Erich Runter.

Er gedachte, auch diesmal heimlich und ungesehen durch das Haus zu schlüpfen. Aber da wurde ihm der Weg versperrt.

Hinter einer Portiere trat wie von ungefähr Constanze Brezina hervor. In einem einfachen, aber wundervoll gearbeiteten Abendkleid stand sie vor dem ein wenig verblüfften Mann. Arme und Nacken waren bloß und gaben das Spiel ihrer herrlichen Glieder frei. Ein betörender Duft ging von ihr aus; geschmeidig fließend fielen die feinen Spitzgewebe über die weiche, schwere Seide, die ihre raffigen Glieder umschmiegte.

„Run, Sie kleiner Ausreißer“, sagte sie weich und gütig, „wo waren Sie denn so lange?“ Und mit leisem Borwurf: „Wie können Sie so beschäftigt sein, mich ganz zu vergessen und mir nicht einmal am Tage einen Freundesgruß entbieten?“

Bert Brilon stammelte verwirrt eine Entschuldigung.

Coco, die Dame der großen Welt, zog ihn an ihre Brust und in das kleine Gemach, das an ihr Boudoir grenzte. Willenlos ließ es der junge Dichter geschehen. Er merkte mit Bangen, daß er von dieser Frau, wenn er in ihre Nähe kam, gleichsam magnetisch angezogen wurde. In ihrem Bereich übte sie zauberische Macht über alle Männer aus.

„Run müssen Sie aber noch ein halbes Stündchen mit mir plaudern. Oder haben Sie keine Lust?“

Gandhis Sieg

Puna, 27. Sept. Gandhi, der, wie bereits gemeldet, am Montag nachmittags 5 Uhr seinen Hungerstreik beendete, faßte diesen Entschluß, nachdem er ein längeres Telegramm empfangen hatte, in welchem die Haltung der britischen Regierung zu der Frage der Einigung zwischen Hindus und Parsis dargelegt worden war. Nachdem er das Telegramm durchgelesen hatte, lächelte er und sprach mit fast unhörbarer Stimme: „Der passive Widerstand hat triumphiert. Mein Gelübde ist erfüllt!“ Hierauf legte er sich für zehn Minuten auf sein Bett und nahm seine erste Nahrung in Form eines Glases Apfelsinensaft zu sich. Etwas später erklärte Gandhi, der im allgemeinen nur wenig spricht, daß die Antwort der Regierung in allen Teilen zufriedenstellend sei.

In der indischen Gesetzgebenden Versammlung wurde eine Erklärung der britischen Regierung verlesen, wonach diese die Einigung zwischen den Kastenhindus und den Parsis, den „Unberührbaren“ und unterdrückten Klassen, billigt. Die Regierung zieht demnach die in ihrem Plan über das Wahlrecht und die Verteilung der Wahlstimme enthaltenen Bestimmungen zurück und setzt an ihre Stelle die zwischen den Hindus selbst getroffenen Abmachungen.

Nach diesen Abmachungen kommen die Parsis mindestens ebenso gut weg wie nach dem englischen Plan, sie haben also keinen Grund, den Wegfall des englischen Plans zu bedauern. Gandhi begründete seinen Hungerstreik vor allem mit dem Zweck, das von England vorgeschlagene Sonderwahlrecht der Parsis zu verhindern. Der Erfolg Gandhis ist ein doppelter: einmal hat er verhindert, daß die englische Politik in Zukunft die Parsis als besondere Minderheit gegen die Hindus auszuspielen kann, und zum andern ist es ihm gelungen, das Los der Parsis in einer Weise zu verbessern, wie es noch vor kurzem niemand in Indien für möglich gehalten hätte. Besonders dürfte das Recht auf Erziehung, das bisher in Indien den fast 43 Millionen Unberührbaren so gut wie verwehrt war, von einer für die Entwicklung Indiens heute noch gar nicht übersehbaren Tragweite sein.

Neue Nachrichten

Verhandlungen über die Kontingente

Berlin, 27. Sept. In der zweiten Hälfte dieser Woche wird Ministerialrat Walther vom Reichsernährungsministerium mit einigen Fachreferenten aus anderen Ministerien eine auf kurze Dauer berechnete Auslandsreise unternehmen, um mit den Regierungen der in Frage kommenden Länder über die in Vorbereitung begriffene Kontingentierung der Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu verhandeln. Ein Teil der Verhandlungen wird in Berlin geführt werden.

Kein Eingriff in das Koalitionsrecht der Beamten

Berlin, 27. Sept. Gegenüber Gerüchten, die in einzelnen Beamtenverbänden in Preußen verbreitet werden, die kommissarische preussische Regierung beabsichtige, das Koalitionsrecht der Beamten zu vermindern oder ganz aufzuheben, wird amtlich aufs entschiedenste erklärt, die Regierung denke nicht im entferntesten an solche Maßnahmen.

Kein allgemeiner Lohnabbau

Berlin, 27. Sept. Der Gewerkschaftsführer Spliedt behauptete in einer Rede, die Reichsregierung beabsichtige einen allgemeinen Lohnabbau. Amtlich wird dazu erklärt, daß diese Behauptung jeglicher Grundlage entbehrt.

Rußland und die Anerkennung des neuen mandchurischen Staats

London, 27. Sept. „Times“ meldet aus Tokio: Der japanische Votschafter in Moskau, Hirota, hatte vor seiner Abreise nach Japan den stellvertretenden Außenkommissar Karachan wegen der Anerkennung des Mandchustaats durch die Sowjetregierung befragt. Karachan hat ihm nach Rücksprache mit seinen Kollegen erwidert, die Sowjetregierung sei bereit, Konsuln des Mandchustaats in Sibirien, und falls es gewünscht werde, sogar einen Generalkonsul in Moskau zuzulassen, aber sie werde gegenwärtig eine volle Anerkennung des neuen Staats nicht gewähren.

Sie streckte sich auf der Chaiselongue aus, auf die das gedämpfte röllige Licht einer hohen Stehlampe fiel. Alles atmete Schwüle und Sinnlichkeit in diesem mit raffinierten Geschmack ausgestatteten kleinen Raum.

Constanze hatte sich vorgenommen, heute ihren letzten großen Trumpf auszuspielen. Es stand bei ihr fest, daß der Einsatz den vermutlichen Gewinn wert war.

„So beichte mir mal, mein kleiner großer Dichter. Haben wir nicht Freundschaft geschlossen? Sie verheimlichen mir aber vieles, was Sie innerlich bewegt.“

Bert Brilon saß gefangen neben ihr und schwieg immer noch.

„Der Theaterdirektor war heute hier“ begann sie von neuem. „Ich habe ihm tüchtig eingehetzt und auch den Regisseur Raumann gehörig bearbeitet. Ihr Drama wird voraussichtlich in dieser Spielzeit noch aufgeführt.“

Wieder wurde der Künstler von Dankbarkeit und Zuneigung zu seiner Wohlthäterin überwältigt. Im überströmenden Gefühl beugte er sich zu ihr hinüber und küßte ihre nackte Schulter. Das Blut raste ihm durch die Adern; seine Sinne glühten.

„Ich werde die Hauptrolle in deinem Drama spielen“ flüsterte sie an seinem Ohr, „wenn du willst. Wir werden einander zu höchstem Ruhm und Glück verhelfen.“

Da versank er in einem Meer von Wonne, wie ein Raufsch kam es über ihn.

„O du Herrliche, Einzige, du meine Göttin! Alles, was ich bin und erreiche, danke ich dir!“ Besinnungslos redete er besinnungslos küßte er sie.

Sie aber, die Kühle, auch im Ausbruch höchster Leidenschaft Berechnende, ließ sich von der Glut seiner Sinne hin-

Württemberg

Gegen die Einführung der Schlachtsteuer in Württemberg

Stuttgart, 27. Sept. Der Württ. Handwerkskammer hat in Verbindung mit dem Bezirksverband Württemberg im Deutschen Fleischerverband aufs schärfste gegen die von der württ. Regierung mit Wirkung vom 1. Oktober 1932 ab durch Rechtsverordnung eingeführte Fleisch- bzw. Schlachtsteuer zur teilweisen Deckung des Abmangels im Staatshaushalt. Da bei der heutigen ungeheuren Belastung der Wirtschaft durch Steuern und sonstige Abgaben aller Art, die in keinem Verhältnis zu den Produktions- und Verdienstmöglichkeiten stehe, jede weitere steuerliche Belastung letzten Endes nicht zu einer Erhöhung der Steuereinnahmen, sondern zur Vernichtung weiterer Mittelstandsexistenzen führe und dadurch eine immer größere Verringerung der Steuereinnahmen verursache, müsse von einem Weiterstreiten auf dem Weg des dauernden Anziehens der Steuerfahre nachdrücklich und wiederholt gewarnt und mit aller Entschiedenheit auf die Entlastung des Staatshaushalts auf der Ausgaben Seite hingewiesen werden. Für die unausbleiblichen Folgen weiterer Steuererhöhungen müssen die berufenen Vertretungen der Wirtschaft, wenn ihre wiederholten Warnungen ungehört verhallen, jede Verantwortung ablehnen.

Die Württ. Landwirtschaftskammer hat sich an das Württ. Staatsministerium, das Finanz- und das Wirtschaftsministerium mit nachstehendem Schreiben gewandt: Die Landwirtschaftskammer erhebt wiederholt schärfsten Einspruch gegen die Einführung einer Schlachtsteuer in Württemberg. Sie befürchtet, daß bei Stockungen im Viehabsatz die Steuer auf die Verkäufer abgewälzt wird, und daß deshalb in dieser Periode die Einführung dieser Steuer unterbleiben muß.

Chrenobermeister Altstadtrat E. Häufhermann hatte als Bezirksvereinsvorsitzender des Regierhandwerks, Syndikus Dr. Barth im Auftrag der Interessengemeinschaft der Großschlächter eine Besprechung auf dem Finanzministerium, um dort die Bedenken und Forderungen des Fleischgewerbes vorzutragen. Finanzminister Dr. Dehlinger legte dar, wegen des Rückgangs der Reichssteuerüberweisungen und der Einnahmen des württ. Staats vor allem aus den Forsten habe sich eine Hinausschiebung der Schlachtsteuereinführung beim besten Willen nicht länger vermeiden lassen. Der Schlachtsteuertarif frage den württ. Verhältnissen weitgehend Rechnung. Schlachtungen von Kälbern unter 35 Kilogramm, von Schweinen unter 30 Kg. und Schafen von weniger als 20 Kg. Lebendgewicht sind steuerfrei. Altstadtrat Häufhermann wandte sich gegen die Bevorzugung der Hauschlachtungen. Der Finanzreferent versicherte, daß die mit der Schlachtsteuer betrauten Gemeinden zu korrektem Vorgehen angehalten werden und der Verkauf seitens der häuslichen Wirtschaften nicht als unter Hauschlachtungen laufend angesehen werde. Da die Fleisch- und Wurstwarenpreise in Württemberg äußerst kalkulierbar sind, wird die Schlachtsteuereinführung zwangsläufig eine entsprechende Preiserhöhung mit sich bringen.

Reichszuschüsse für Instandsetzungsarbeiten

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Das Reich hat dem Land Württemberg den Betrag von 1 845 000 Mark zur Verfügung gestellt, und zwar 1 610 000 Mark für die Instandsetzung von Wohngebäuden und 205 000 Mark für die Teilung von Wohnungen und den Umbau sonstiger Räume zu Wohnungen. Der Reichszuschuß ist ein einmaliger Kapitalzuschuß; er beträgt bei der Instandsetzung von Wohngebäuden ein Fünftel der Kosten, bei der Wohnungsteilung und dem Umbau eines gewerblichen Raums 50 v. H. der Kosten, jedoch in letzterem Fall höchstens 600 Mark. Darnach wäre es also möglich, für die Erhaltung und Verbesserung des Altbaus in Württemberg den Gesamtbeitrag von 9 Mill. M. in Bewegung zu setzen. Es macht dabei keinen Unterschied, ob es sich um entliehene oder um eigene Mittel des Grundstückseigentümers handelt; die Beschaffung des Kapitals ist ausschließlich Sache des Grundstückseigentümers. Die Zuschüsse werden nur gewährt, wenn die Instandsetzungsarbeiten für das einzelne Grundstück mindestens 250 Mark betragen. Die Arbeiten müssen nach dem 25. September 1932 und vor dem 1. April 1933 begonnen und spätestens am 1. Januar 1934 vollendet sein. Mit der Durchführung der Maßnahmen hat das Innenministerium die Landesreditanstalt beauftragt. Diese nimmt durch Vermittlung der Gemeindebehörden Anträge auf den vorgeschriebenen Vordruck an. (Fortsetzung folgt.)

reißten; sie zog ihn näher zu sich her und erstickte ihn fast in ihren Küßen. —

Vergessen war Ise, vergessen die große Erkenntnis vom Abend zuvor; vergessen die Schatten der Vergangenheit. Alles verjunkte im Strudel blinder Leidenschaft und Sinnenlust. — — —

Erst in der Ernüchterung des Morgens kam es ihm mit Grauen zum Bewußtsein, daß er sich nun auch den letzten Weg zum Frieden seiner Seele, den Weg zu Ise versperrt habe. Wie konnte er ihr nach alldem noch unter die Augen treten?

Und selbst, wenn er es gekonnt und ihre Verzeihung erhalten hätte, wäre ihm nicht geholfen gewesen. Ein Anderes, Stärkeres hielt ihn für immer zurück. Er fühlte deutlich, daß er nun nicht mehr von dieser Frau und von seiner dumpfen Leidenschaft zu ihr loskommen werde. Er war auf Gedeih und Verderb an sie gebunden.

In Reue und Gram barg er sein heißes Gesicht in den Kissen.

IV.

Der Lift brachte Herrn Julius Andermatt in das zweite Stockwerk des Hotels Excelsior, wo sein Freund und Kollege William Baker sein vornehm und bequem eingerichtetes Appartement hatte, das aus Schlafzimmern mit beigebelegtem Bad und Empfangsraum bestand.

Er hatte Glück, denn er traf am hellen Nachmittag den Freund, der immer viel unterwegs war, an. Mister Baker lehnte behaglich in einem großen Liegestuhl, rauchte eine Zigarre und las amerikanische Zeitungen riesigen Formats.

(Fortsetzung folgt.)

Staatskommissar für den Südbund. Das Staatsministerium hat den Vorstand der Pressestelle, Oberregierungsrat Bögele, zum Staatskommissar für die Süddeutsche Rundfunk N.-O. ernannt.

Eingaben beim Landtag. In der Zeit vom 15. Juli bis 8. September sind beim Landtag 48 neue Eingaben eingegangen, die durch Verfügung des Präsidenten den zuständigen Ausschüssen überwiesen wurden.

Vom Landtag. Die nat.-soz. Fraktion hat den Antrag eingebracht, die durch das Unwetter vom 20. September im Remstal entstandenen Schäden an Wegen durch Notstandsarbeiten beseitigen zu lassen.

Brennendes Postauto. Dienstag nachmittag fing in der Bahnhofstraße beim Postbüro ein Kraftwagen der Reichspost durch Bergaserbrand Feuer.

Ausführungsbestimmungen zum Lebensmittelgesetz. Im Verlag von Julius Springer, Berlin, sind folgende Entwürfe zu Verordnungen über Lebensmittel und Bedarfsgegenstände erschienen.

Zur Verhütung von Tierquälereien bei der Beförderung von Einhufern und Kleintieren auf Kraftwagen hat das Innenministerium eine Verordnung erlassen.

Reichsbeitrag für die Wohlfahrtskassen. Das R. L. erläßt aus Berlin, der Reichsfinanzminister habe in einem Erlaß an die Württ. Regierung die Erhöhung des Reichsbeitrags für Wohlfahrtskassen abgelehnt.

Der zwölfte Luftschutz. Vom Polizeipräsidium wird uns geschrieben: Am 23. September hielt der Luftschutzbeirat für den Bezirk des Polizeipräsidiums Stuttgart unter Vorsitz von Polizeipräsident Klabber seine erste Sitzung ab.

Bewegung der Bevölkerung in Württemberg. Im zweiten Vierteljahr von 1932 heirateten im ganzen 5531 Ehepaare gegen 6211 im 2. Vierteljahr von 1931.

Den Gehorsam verweigert. In der 7. Kompanie des Inf.-Regts. 13 in Ludwigsburg kam es am 29. Februar dieses Jahres zu einer schweren Gehorsamsverweigerung durch den Schützen Ernst Herrmann.

Vom Tage. Durch Unvorsichtigkeit zog sich in einer Küche eines Hauses der Hohenzollernstraße eine 20 J. a. Hausangestellte eine Gasvergiftung zu.

Aus dem Lande. Chlingen, 27. Sept. Der Hase im Neckar schwimmt nur im Notfall. Daß sie aber dann ausgezeichnete Schwimmer sind, konnte man am Sonntag am Neckar beobachten.

beobachten. Ein aufgeschwemmter Hase kam in wilder Fahrt zum Neckar, setzte ins Wasser und durchschwamm den Neckar ziemlich schnell.

Kalen, 27. Sept. Der Betrieb der Hartseilbahn bis 31. März 1933 gesichert. Die württ. und bayerischen Ministerien haben über den Antrag auf Stilllegung der Hartseilbahn noch keine Entscheidung getroffen.

Freudenstadt, 27. Sept. Kurbesuch. Seit einigen Tagen weilt für mehrere Wochen in unserer Stadt die Königin-Mutter Emma der Niederlande.

Schwemningen, 27. Sept. Sonntag nacht schlich sich ein hiesiger 28 J. a. Mann mittels eines selbstangefertigten Schlüssels in das Zimmer seiner ehemaligen Braut.

Töblicher Verkehrsunfall. Am Sonntag abend wurde der ledige 26 J. a. Mundharmonikamacher Wilhelm Reipp von Troffingen von einem auswärtigen Personenkraftwagen auf der Rottweilerstraße angefahren und tödlich verletzt.

Tailfingen, 27. Sept. Das landwirtschaftliche Bezirksfest für den Bezirk Balingen, das am Sonntag hier abgehalten wurde, war außerordentlich gut besucht.

Göppingen, 27. Sept. Milchfälschungen. Dieser Tage wurden bei einer Milchkontrolle auf dem Land bei einzelnen Landwirten wieder ganz erhebliche Wasserzusätze festgestellt.

Der Vertrieß von Hüller-Opfermünzen ist strafbar. Im Frühjahr wurden von der NSDAP sogenannte Hüller-Opfermünzen hergestellt und vertrieben.

Reichenbach, OÄ. Saulgau, 27. Sept. Bei der Bürgermeistereiwahl am Sonntag fielen von 207 gültigen Stimmen 206 auf den seitherigen Bürgermeister Vinzenz Biersch.

Oelkoven, OÄ. Saulgau, 27. Sept. Brand. Nacht brach in dem erst letzten Jahr neugebauten Schuppen des Lindenwirts Albert Ritter Feuer aus.

Mooshausen, OÄ. Beutlich, 27. Sept. Zum Tod verurteilt. Nach dreitägiger Verhandlung hat das Schwurgericht Memmingen den von hier gebürtigen 37 J. a. Tagelöhner Josef Joos wegen Mordes, zweifachen Mordversuchs und fortgesetzten Sittlichkeitsverbrochens zum Tod, zu 15 Jahren Zuchthaus und dauerndem Ehrverlust verurteilt.

Leitnang, 27. Sept. Höhere Gewalt hindert Oktoberfestfahrt. Am Samstag vormittag sollte ein Leitnanger Omnibus eine größere Reisegesellschaft zum Oktoberfest nach München bringen.

Friedrichshafen, 27. Sept. Gefälschte Schweizerpässe. Die schweizerischen Pässe geben den Pöfalschern leicht Gelegenheit zu Nachahmungen.

Vom bayr. Allgäu, 27. Sept. Am Leben verzweifelt. In einer Kabine des Schwimmbads Hinterstein wurde der 44 J. a. stellenlose Kaufmann Karl Wille von Augsburg tot aufgefunden.

Ortsvorleseherwahlen. In Reimersbach OÄ. Waiblingen wurde der Verwaltungsmann Schaad von Kirchfirnberg zum Bürgermeister gewählt.

Erlangen, OÄ. Nördlingen, 26. Sept. Michel-Buch-Feier. Aus Anlaß des 100. Geburtstags des von hier gebürtigen und in Ehingen a. D. verstorbenen Dichters und Forschers, des Oberamtsrats Dr. Michael Richard Buch, fand am Sonntag hier eine Feier statt.

Vom bayerischen Allgäu, 26. Sept. Erschließung einer hochalpinen Höhle. — Beroloren und wiedergefunden. — Ein Postmarder. In der Nähe des Gabelschroffenjattels entdeckte in etwa 2000 Meter Höhe der Bergführer Strauß aus Halblech mit Hilfe zweier Bergkameraden große, geologisch sehr interessante Höhlräume.

Lokales.

Wildbad, den 27. September 1932.

Für die Nachkurzeit im Monat Oktober wird ein Wochenplan — ersichtlich aus der Zeitung und an verschiedenen Anschlagstellen — ausgeben.

3 Minuten kochen, nicht nur überbrühen. In jedem Kathreiner-Körnchen steckt innen ein dicker kaffeebrauner Kern aus glühendem Röstmalzgerne, wie man sagt.

Unglücksfall. Der Wirt zum „Anker“, Kälbermühle geriet am vergangenen Freitag unter sein schwer beladenes, mit Kühen bespanntes Fuhrwerk und trug starke Quetschungen davon.

Sonnenaufgang auf dem Christophshof.

Wenn der Sonne goldne Strahlen, froh den Morgen künden. Wenn vor ihrem Zauberspiel, düstre Nebel schwinden. Dann erstrahlt ein Paradies, rings vor unsren Blicken.

Still ringsum wie Gotteshauch liegt auf Wald u. Heiden. Im Gehölz Guckruh, gedruh, ruft die wilde Taube, Schickt der Gattin Morgengruß in die grüne Laube;

Bendefolge der Stuttgarter Rundfunk AG.

Donnerstag, 29. September: 6.00: Zeitangabe, Wetterbericht, Gsmannschl. 6.55: Wetterbericht, Nachrichten. 7.05-8.00: Konzert. 10.00: Silber-Pöder. 10.30: Kleine Anzeigebörse.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Neue Siedlerstellen. In der Zeit vom 14. bis 20. Sept. 1932 sind von der Reichsregierung 1975 Kleinsiedlerstellen neu bewilligt worden.

Beim Ringen tödlich verunglückt. Bei Ringämpfen in Dinslaken kam der 26jährige, verheiratete Maschinenist Otto Meyer aus Duisburg so heftig zu Fall, daß er einen Halswirbelbruch erlitt und kurz darauf starb.

Zuchthaus für ungetreue Polizeibeamte. Das Gericht verurteilte nach fünfjähriger Verhandlung den Polizeisekretär Stahlberg zu 2 1/2 Jahren, den Polizeisekretär Gandraig zu 3 1/2 Jahren und den Polizeisekretär Simon zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus.

Erdbeben auf dem Balkan. In Bulgarien und Südserbien wurden am Montag abend von 10 Uhr an mehrere wellenförmige Erdbeben verspürt.

